



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/211 - 11.9.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 7654-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|------------------------------------|------|
| Verband Deutscher Soldaten | S. 1 |
| Präsidentschafts-Kandidat Truman ? | S. 3 |
| Umsiedlung - ein Versager | S. 5 |

Ein Generalverein ?

-e.-Bonn

"Die Herren werden gebeten, sich von einem ihrer Unteroffiziere begleiten zu lassen". U.a. mit diesen Worten wurde zur Gründung des Verbandes Deutscher Soldaten eingeladen. Leider bestätigten dann der Verlauf der Bonner Konferenz und die Besetzung des vorläufigen Präsidiums die Gültigkeit des Tenors dieser Worte für den Anfang des neuen Soldatenverbandes. Die Heimkehrer distanzieren sich mit gutem Grund und es bedurfte gar nicht mehr ihrer Feststellung: Ihr habt die Generale, wir die Landser. Ein vertrauenswürdiger Arbeitsausschuß, der die ordentliche Delegierten-Konferenz des neuen Verbandes für Oktober vorbereiten soll, ändert nichts daran, daß der Zusammenschluß bis jetzt im Zeichen der politisch betriebsamen Generalität steht. Nur eine Minderheit von Generalen und anderen Offizieren will aus dem Verband Deutscher Soldaten eine Interessengemeinschaft von Männern machen, bei denen der Obergefreite nicht geringer im Kurs steht als der mit Ressentiments und Vorurteilen geladene Generaloberst a.D. Diese Minderheit will auch nicht den militärischen Geist in die Politik tragen, um sie auf allerlei Umwegen zu beeinflussen. Die auf Exklusivität bedachte Mehrheit jedoch scheint es zu wollen. Für sie sind die nach Bonn kommandierten Mannschaftsdienstgrade vermutlich eine Art Putzer, die für Momente der Großaufnahme den militärischen Staub von den

Kommissstiefeln der "Herren" wischen sollen.

So geht es nicht ! Exklusivität und hintergründige bzw. offensichtliche politische Absichten haben in einem Verband Deutscher Soldaten keinen Platz. Ebenso wenig darf der Eindruck entstehen, daß einzelne Generale nur eine Organisation für die Durchsetzung ihrer eigenen Absichten suchen. Wir wissen sehr gut, daß solche Versuche auch in den Reihen der Generale entschlossene Gegner haben, denen wir ihr Bekenntnis zu der demokratischen Ordnung unseres Staates und ihre Bereitschaft zum Aufbau des Verbandes im Sinne dieser Ordnung durchaus glauben. Aber bei der vorbereitenden Konferenz von Bonn waren diese Männer nur eine Minderheit. Was wiegen unter diesen Umständen das trefflich allgemein-demokratisch formulierte 7-Punkte-Programm und die zu erwartenden Erklärungen im angekündigten Aufruf des VDS ? Sie verlieren ihre Wirkung, weil sie nicht das Ergebnis von Willensäußerungen der deutschen Soldaten sind, sondern nur eine Kompromißformel politisierender Generale. Es bleibt aber die Hoffnung, daß der Arbeitsausschuß einer anderen Konzeption folgt und einen Ausgangspunkt erarbeiten kann, der die Gefahr ausschaltet, daß der Verband Deutscher Soldaten so etwas wie eine waffenlose Wehrmacht wird, in der man lediglich die Vorschriften über den Karabiner 98 k durch Anordnungen über die richtige Vertretung von Generalsinteressen ersetzt hat. Die Unteroffiziere und anderen Mannschaftsdienstgrade sollten sich hinter die mehr demokratische als ehrgeizige Minderheit stellen, um das zu verhindern. Geschieht es nicht, dann dürfte der Verband Deutscher Soldaten nur ein Generalsverein werden und die Mannschaftsdienstgrade, die diesmal noch begleiten durften, werden ihre eigenen Wege gehen.

+ + +

Präsident Trumans politische Zukunftspläne

H.St.-New York, im September

Nach eiserner amerikanischer Tradition werfen Präsidentenwahlen einen sehr langen Schatten voraus, und es gehört zu den niemals gebrochenen Gesetzen der amerikanischen Innenpolitik, die Partei-
maschinen und die Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur mindestens anderthalb Jahre im Voraus zu mobilisieren. Immerhin gab es vor wenigen Wochen einmal einen bemerkenswerten Zwischenfall, als nämlich Präsident Truman auf einer seiner wöchentlichen Pressekonferenzen nach endlosen Fragen über seine Wahlprognose plötzlich aufbrauste und die Reporter daran erinnerte, daß es ja außer den nächsten Wahlen auch noch einige andere wichtige Probleme gäbe. Aber schon in kurzer Zeit dürfte die Presse ihr Lieblingsthema wieder aufgenommen haben. Trumans letzte öffentliche Reden waren außerdem wieder innenpolitisch so aggressiv und von so schneidendem Humor erfüllt, daß die Vermutung immer stärker auftaucht, der Präsident selber habe zum Thema Wahl selbst noch längst nicht das letzte Wort gesprochen.

Nun tut, nach allen Regeln der politischen Strategie, der Präsident gut daran, seine Zukunftspläne noch nicht heute bekanntzugeben. Überdies liegt es nahe, daß Truman, angesichts des innen- wie des weltpolitischen Kräfteverhältnisses, seine Entscheidung von den Beschlüssen der Oppositionspartei, d.h. der Republikaner, abhängig machen mag: Stellen diese auf ihrem Parteitag, der einige Wochen vor dem der Demokraten stattfindet, einen eingefleischten Isolationisten auf, einen Gegner der engen Zusammenarbeit mit den Atlantikpakt-Partnern und Gegner des Marshall-Planes, so wird er wahrscheinlich, um seine Politik zu retten, für eine Wiederwahl kämpfen. Sollten die Republikaner dagegen einen Mann vom mehr liberalen Flügel ihrer Partei aufstellen, einen Mann von "internationalistischen" Ansichten aus der Schule Vandenberg's, oder gar General Eisenhower, (der sich mit der Außenpolitik Trumans, Marshalls und Achesons identifiziert hat), dann würden sehr viel weniger nationale Interessen im Wahlkampfe auf dem Spiel stehen, und Truman würde voraussichtlich einem jüngeren Manne aus der demokratischen Hierarchie das

Feld überlassen. Der Name des Vorsitzenden des Obersten Bundesgerichtshofes, Fred Vinson, wird in diesem Zusammenhang als Alternativ-Kandidat der Demokraten des öfteren genannt, sowie die beiden sehr populären Senatoren Kefauver und Douglas.

Wenn Informationen aus Trumans engster Umgebung zutreffend sind, schwebt dem Präsidenten vor, etwa als ein "Präsident des Friedens" in die Geschichte einzugehen - als der Mann, der den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg gezogen hat, der der Organisation der "Vereinten Nationen" Odem eingehaucht hat, unter dessen Führung die Aggression in Korea zurückgewiesen werden konnte und der alle russischen Angriffspläne durch seine Politik der engen Bündnisse mit anderen nicht-kommunistischen Staaten und die eigene Wiederaufrüstung zunichte machen konnte. Sollte bis zum kommenden Sommer die Weltlage sich erheblich beruhigt haben, würde er am Ende seiner jetzigen Amtsperiode, dann 68 Jahre alt, von der politischen Bühne abtreten. Ist der Horizont der Welt dann aber immer noch so düster wie jetzt, würde er, wie geschildert, sein weiteres Verhalten von den Entscheidungen der republikanischen Oppositionspartei abhängig machen.

Truman wird selbstverständlich und ohne Schwierigkeiten den demokratischen Parteitag hinter sich haben, wenn er wieder kandidieren will. In Kreisen der Republikanischen Partei scheint augenblicklich die Stimmung für eine Kandidatur Senator Robert Tafts groß zu sein. Taft ist der ausgesprochene Repräsentant des konservativen, mehr oder weniger ausgeprägt isolationistischen, mehr oder weniger mit General MacArthurs Asienpolitik identifizierbaren Parteiflügels; eine Auseinandersetzung Truman-Taft wäre daher eine klare Kraftprobe zwischen zwei verschiedenen politischen Prinzipien - viel klarer, als es die Konzepte im Wahlkampf Truman-Dewey im Jahre 1948 waren.

Mit einem Urteil über die Wahlchancen sollte man jetzt noch etwas vorsichtig sein. Einige bemerkenswerte Tatsachen sind jedoch schon klar ersichtlich: Erstens die geringe Zahl von "möglichen" Kandidaten, die sich faktisch auf im ganzen vier beschränkt: Taft, Eisenhower, Truman und Vinson, - während sonst zu dieser Zeit Dutzende von Anwärtern und Bewerbern im Rennen zu liegen pflegten. Und zweitens die Tatsache des engen und direkten Zusammenhanges der Präsidentenwahl mit dem Ablauf der Weltpolitik, der dem amerikanischen Wähler eine Verpflichtung zur Welt-Verantwortung auferlegt, hohe Anforderungen an sein Urteilsvermögen stellt und ihm eine entscheidende Schlüsselposition in der Weltgeschichte zuweist.

200000 Vertriebene warteten vergeblich

d.g. "In der Bundesrepublik fehlt es an einer koordinierenden Planung von Transport, Arbeitsvermittlung und Wohnraumbeschaffung. Die künftige Umsiedlung kann aus den Erfahrungen der letzten beiden Jahre lernen. Durch kühne Maßnahmen und unermüdete Tatkraft lassen sich die Ziele erreichen". Diese Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung Adenauer stammt nicht aus der Feder verschworener Planwirtschaftler der Opposition, sondern sie ist in jenem ECA-Bericht nachzulesen, der dem Bundeskanzler am 21. März 1951 auf den Tisch gelegt wurde in der Hoffnung, daß sich die Regierung die Ratschläge unparteiischer Experten zu eigen machen werde.

Aufgrund des Gesetzes vom 22. Mai 1951 sollten 300000 Vertriebene innerhalb der Bundesrepublik umgesiedelt werden. Ende August mußte die Regierung eingestehen, daß es bis Jahresende bestenfalls 100000 bis 120000 Umsiedler sein werden. 200000 Vertriebene haben also wieder einmal vergeblich gewartet. Im Durchschnitt brauchen vier Umsiedler eine Wohnung, 300000 demnach 75000 Wohnungen. Es hätten also rund 750 Mio.M für diesen Zweck zur Verfügung stehen müssen. Aber nur rund 200 Mio.M kamen zusammen und selbst wenn man die restlichen 550 Mio.M jetzt zur Verfügung hätte, würden die Wohnungen bis Dezember praktisch nicht bezugsfertig sein können. Der Wohnungsbau ist also der eine Angelpunkt der Umsiedlung. Ein ebenso wichtiger Grundsatz für die erfolgreiche Umsiedlung ist aber die Anpassung an die natürliche Wanderungsbewegung. Den Vertriebenen muß also Wohnungs- und Arbeitsmöglichkeit gleichzeitig zur Verfügung gestellt werden. Am Beispiel Nordrhein-Westfalen zeigt sich am deutlichsten, wie die beweglicheren freien Zuwanderer den heimatvertriebenen Umsiedlern die vorhandenen Arbeitschancen wegschnappen. Im Vorjahr hatte Nordrhein-Westfalen einen Wanderungsgewinn von 253.400 Personen, von denen 113.288 aus den Flüchtlingsabgabebändern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern kamen. Von diesen waren aber nur 47.355 Heimatvertriebene und von diesen wiederum nur etwa 18000 "Umsiedler" im Sinne der Verordnung. An der Zuwanderung partizipierten aber die Sowjetzone und Berlin mit nicht weniger als 81.580 Personen, wovon hervorgeht, daß durch freie Zuwanderung eine erheblich größere Zahl sowohl von Heimatvertriebenen wie auch von sonstigen Personen in das Land strömte, als die behördliche Umsiedlung mit ihren Maßnahmen nach Nordrhein-Westfalen führen konnte. Ja es zeigte sich sogar, daß Länder, wie z. B. Rheinland-Pfalz, die selbst im Rahmen der Umsiedlung Flüchtlinge aufnehmen, wieder Heimatvertriebene nach Nordrhein-Westfalen durch freie Abwanderung abgegeben hatten. Es stand also fest, daß auch die Aktion des nächsten Jahres, die nach dem gleichen unzulänglichen Verfahren gestartet wurde, wieder fehlschlagen mußte.

Nun soll, so vernimmt man den Flüchtlingsminister, ein Gesetzesentwurf erfolgreichere Maßnahmen vorschlagen. Die Voraussetzungen dazu sollte man in Bonn seit langem kennen. "Kühne Maßnahmen und unermüdete Tatkraft", die der ECA-Bericht fordert, hat allerdings die derzeitige Regierung in der Flüchtlingspolitik noch nicht unter Beweis gestellt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau